

Andreas Nöthen



BRASILIAN

Gesellschaft – Kultur – Politik

Kohlhammer Sachbuch

Kohlhammer

Der Autor



Andreas Nöthen (Jahrgang 1973) ist Journalist sowie Buchautor und ausgewiesener Experte für Brasilien. Der vorliegende Band ist das insgesamt vierte Buch, in dem er sich mit dem größten Land Südamerikas beschäftigt. Er lebte einige Jahre mit seiner Familie in Rio de Janeiro, wo er als freier Korrespondent für diverse deutschsprachige Medien das politische Geschehen begleitete – vom Amtsenthebungsverfahren Dilma Rousseffs bis zum Beginn der Amtszeit Bolsonaros.

Nöthen studierte in seiner Geburtsstadt Bonn und in Manchester/UK Anglistik und Geographie, lernte das journalistische Handwerk als Redakteur bei Tageszeitungen. Er war freier Journalist und hatte einige Jahre einen Lehrauftrag an der Fachhochschule in Darmstadt. Aktuell arbeitet er als Pressesprecher und Autor. Brasilien, das er regelmäßig bereist, bildet nach wie vor seinen Tätigkeits- und Rechenschwerpunkt. (Foto: Martina Seitz)

Andreas Nöthen

Brasilien

Gesellschaft – Kultur – Politik

Verlag W. Kohlhammer

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Es konnten nicht alle Rechtsinhaber von Abbildungen ermittelt werden. Sollte dem Verlag gegenüber der Nachweis der Rechtsinhaberschaft geführt werden, wird das branchenübliche Honorar nachträglich gezahlt.

Dieses Werk enthält Hinweise/Links zu externen Websites Dritter, auf deren Inhalt der Verlag keinen Einfluss hat und die der Haftung der jeweiligen Seitenanbieter oder -betreiber unterliegen. Zum Zeitpunkt der Verlinkung wurden die externen Websites auf mögliche Rechtsverstöße überprüft und dabei keine Rechtsverletzung festgestellt. Ohne konkrete Hinweise auf eine solche Rechtsverletzung ist eine permanente inhaltliche Kontrolle der verlinkten Seiten nicht zumutbar. Sollten jedoch Rechtsverletzungen bekannt werden, werden die betroffenen externen Links soweit möglich unverzüglich entfernt.

Titelbild:

Watercolor brasil flag splash. PicItUp – stock.adobe.com

Zusatzmaterial online unter <https://dl.kohlhammer.de/978-3-17-043773-9>

1. Auflage 2024

Alle Rechte vorbehalten

© W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Print:

ISBN 978-3-17-043773-9

E-Book-Format:

pdf: ISBN 978-3-17-043774-6

Für den Inhalt abgedruckter oder verlinkter Websites ist ausschließlich der jeweilige Betreiber verantwortlich. Die W. Kohlhammer GmbH hat keinen Einfluss auf die verknüpften Seiten und übernimmt hierfür keinerlei Haftung.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	9
1. Bolsonaro und der neue Konservatismus	13
Nährboden für den Rechtsruck: Die dreifache Krise	15
Bolsonaros Widersprüche stören die Anhänger nicht	16
Bolsonaros Wähler: eine kleine Typologie	17
Merkmale des Bolsonarismus	19
Politikansatz wie zur Zeit der Militärdiktatur	20
Was hätten vier weitere Jahre Bolsonaro bewirkt?.....	22
2. Frauen in der Politik	27
1933: Die erste weibliche Abgeordnete wird gewählt	27
2010: Die erste Präsidentin wird gewählt	30
Der Fall Marielle Franco	32
Harte Bandagen: Frauen pro Bolsonaro	35
Die Rolle der <i>primeiras damas</i>	37
3. Und immer wieder die Korruption	39
Die Anfänge Brasiliens – und der Korruption	40
Nicht mehr das ganze System, sondern das Individuum	44
Korruption in der Demokratie	46
Erosion des Vertrauens in die Politik	48
<i>Lava Jato</i>	50
Institutionalisierte Korruption	53
4. Ein tierisches Kulturgut – <i>Jogo do bicho</i> oder wie aus Spaß Ernst wurde	56
Die Geschäftsidee verselbständigt sich	57
Die Bicheiros und die Sambaschulen	58
Das organisierte Verbrechen hält Einzug	59
5. Der Sound der Großgrundbesitzer – <i>Sertanejo</i>	63
Wenn die Partymusik politisch wird	66
Musik als politisches Instrument im Kulturkampf	68
6. Deindustrialisierung – warum Brasilien immer wieder den Anschluss	
verpasst	70
Politische Reaktionen und Aktionen	75

	In der Krise Rückkehr zum Rohstofflieferanten	77
	Der Sonderaspekt des „Custo Brasil“	79
7.	Evangelikale – im Namen des Herrn?	82
	Glaubensmehrheit wandelt sich	83
	Viele Kirchen buhlen um die Gläubigen	84
	Selfmade-Bischof und Medienmogul Edir Macedo	85
	<i>Bancada Biblia</i> – der politische Arm der Pfingstkirchen	91
8.	Rassismus und der Mythos von der Rassendemokratie	96
	Der Mythos von der Rassendemokratie	104
	Zufluchtsorte Quilombos – wie sich die Ungleichheit fortsetzt	106
	Rassismus im TV	110
	Polizeigewalt – Alte Denkmuster, neues Handeln	111
9.	Rechtsfreie Räume – Milizen, Drogenbanden und Rechtsstaatlichkeit	116
	Informelle Strukturen – die Drogenbanden	121
	Das Primeiro Comando do Capital – der mächtige Konkurrent	125
	Milizen	130
	Milizen werden zum öffentlichen Diskussionsthema	133
	Bolsonaro und die Milizen	136
10.	WhatsApp und Co. entscheiden die Wahl	140
	Wahlkampf erstmals verstärkt im Internet	140
	Fake News und Desinformation	144
	Stunde der alternativen Medien – Strukturen werden sichtbar	147
	Neuere Trends und Wege der Kommunikation	151
11.	Außenpolitik – Zwischen Abhängigkeit und Führungsanspruch	155
	Zurück auf der Weltbühne	158
	Brasilien und die USA	160
	Regionale Integration Brasiliens	162
	Vernachlässigte historische Bande: Brasilien und die EU	166
	Brasilien und die Süd-Süd-Verbindungen	168
	Bolsonaro bricht mit brasilianischer Verlässlichkeit	172
12.	Von Menschenfressern und Auswandererströmen – Brasilien und Deutschland	175
	Mit den „Entdeckern“ kamen auch die ersten Deutschen	176
	19. Jahrhundert – In der Not wird Brasilien Ort der Hoffnung	180
	20. Jahrhundert – Schutz vor Krieg und Strafverfolgung	184

Opfer und Täter leben Tür an Tür	185
Wie Naziverbrecher über die Rattenlinie nach Brasilien kamen	187
13. Amazonien – Naturraum mit globaler Bedeutung	191
Ursprünglicher Lebensraum	192
Ewiger Zankapfel und strategisch wichtige Region	194
Gefährliches Terrain	198
Der Fall Dom Phillips und Bruno Pereira	201
Was tun für die Rettung Amazoniens?	202
14. Bleibt Brasilien das ewige Land der Zukunft?	208
Anmerkungen	213
Ausgewählte Literatur	236
Abkürzungsverzeichnis	239
Abbildungsverzeichnis	242

Ein Personenverzeichnis und ein detailliertes Literaturverzeichnis finden Sie im Zusatzmaterial online unter <https://dl.kohlhammer.de/978-3-17-043773-9>

Einleitung

Brasilien – ein Land so groß wie ein ganzer Kontinent, ein in vielerlei Hinsicht wichtiges und gewichtiges Land. Ein paar Zahlen, die dies verdeutlichen: 16.145 Kilometer lang ist die Grenze, an der zehn südamerikanische Nachbarstaaten liegen. Dazu eine Küstenlinie von 7500 Kilometern Länge. Mit 8,5 Millionen Quadratkilometern Fläche, davon gut 60 Prozent von Wald bedeckt,¹ ist Brasilien das größte Land auf der Südhalbkugel und das fünftgrößte Land der Erde. Ebenso auf Platz fünf liegt es, wenn man die Einwohnerzahl (203 Millionen laut Zensus 2022²) betrachtet. Laut Zahlen des Internationalen Währungsfonds (IMF) rangierte die brasilianische Volkswirtschaft im Jahr 2022 auf Rang elf. Brasilien gilt als ein so genanntes Schwellenland. Dieser etwas ungenau definierte Begriff beschreibt Staaten, die an der Schwelle stehen, ein Industrieland zu werden. Bei diesen seien zwar, so beschreibt es Gablers Wirtschaftslexikon, durch hohes Wirtschaftswachstum große Industrialisierungsfortschritte zu beobachten, jedoch hielten viele soziale Indikatoren wie z. B. Alphabetisierungsrate, Lebenserwartung, Säuglingssterblichkeit mit der wirtschaftlichen Entwicklung nicht Schritt.³

Trotz der Dimensionen und der daraus erwachsenden politischen, wirtschaftlichen und zunehmend ökologischen Bedeutung in der Welt ist das allgemeine Wissen über Brasilien hierzulande begrenzt, erstreckt sich auf die üblichen Klischees von Samba, Sonne, Strand und Fußball, oder ist reduziert auf (meist negativ konnotierte) Schlagworte wie Gewalt, Drogenkriminalität, Politchaos oder (Umwelt-)Katastrophen. Oder aber das Wissen basiert auf Beschreibungen, die längst nicht mehr die Ist-Situation abbilden, sondern bestenfalls eine überholte Sichtweise.

Dass all dies nicht ausreicht, Brasilien auch nur ansatzweise zu beschreiben, steht außer Frage. Auch was die Menschen betrifft, möchte ich ausdrücklich davor warnen zu verallgemeinern. Der ganz überwiegende Teil der Menschen, die ich auf meinen Reisen und Recherchen treffe, ist ungeheuer herzlich und anständig, und sie haben keinen Einfluss darauf, wie sich Leute in der Politik verhalten. Die Institutionen sind jedoch häufig von korrupten Menschen infiltriert, und es ist schwierig, sich ihnen zu widersetzen – es gibt, wie man im Verlauf des Buches sehen wird, viele Drohungen, Todesfälle und Straffreiheit für die Täter. Die Klischees prägen das Brasilienbild außerhalb, vor allem in Europa. Ein brasilianischer Freund erzählte mir einmal, dass er das Gefühl habe, auf Reisen mit Misstrauen oder gar Verachtung konfrontiert zu sein, sobald bekannt wird, wo er herkommt.

Diese Klischees und Stereotype zu durchbrechen, soll eines der Ziele dieses Buches sein. Versuchen möchte ich dies, indem ich einige der oben bereits erwähnten Schlagworte in den historischen und gesellschaftlichen Kontext stelle. Wenn wir beispielsweise ständig von einer weit verbreiteten Korruption spre-

chen, dann reicht es nicht, immer wieder neue Ausprägungen zu beschreiben. Ich möchte schauen: Warum ist sie so verbreitet und wo hat sie ihren Ursprung? Zudem möchte ich den Blick auch auf Phänomene und Erscheinungen richten, die kaum außerhalb Brasiliens wahrgenommen oder diskutiert werden. Dabei ist es mir wichtig, möglichst wert- und vorurteilsfrei verschiedene Aspekte zu beleuchten.

„Brasilien ist nichts für Anfänger“, *O Brasil não é para principiantes*, dieser Satz, der dem Musiker und Komponisten Tom Jobim zugeschrieben wird, findet in letzter Zeit immer wieder gerne in leicht abgewandelter Form Verwendung, indem das Wort *principiantes* gegen *amadores* getauscht wird, was übersetzt so viel bedeutet wie Amateure oder Dilettanten und eindeutig in Richtung der Politik zielt. Tatsächlich ist das Land, seine Gesellschaft, seine Politik und Kultur vielschichtig und komplex. Die Worte Ordnung und Fortschritt, *ordem e progresso*, zieren seit Ende des 19. Jahrhunderts die brasilianische Fahne. Brasilien ist kein rückständiges Land mehr, in dem Menschen in den Wäldern leben, auch wenn dieses extrem verzerrte Bild, das zurückgeht auf die ersten Reiseberichte aus dem 16. Jahrhundert, in Teilen immer noch zäh haftet. 1941 schwärmte der vor den Nazis geflohene österreichische Schriftsteller Stefan Zweig in seinem Exil vom „Land der Zukunft“. Für so manchen scheint das Land über diesen Status bis heute nicht hinausgekommen zu sein. Die Chancen und Voraussetzungen sind, objektiv betrachtet, hervorragend, doch am Ende scheinen verheißungsvolle Ansätze nicht selten an den handelnden Akteuren zu scheitern. Wo der Staat scheitert, oder mit der Entwicklung nicht Schritt hält, bilden sich Parallelstrukturen.

Brasiliens kostenloses öffentliches Gesundheitssystem, der SUS, funktioniert wahrscheinlich besser als das prominente Vorbild, der britische NHS, wengleich sich daneben ein Parallelsystem für alle diejenigen entwickelt hat, die eine gut gedeckte Kreditkarte besitzen und auf europäischem oder nordamerikanischem Niveau behandelt werden wollen. Ähnliches ist im Bildungssystem zu beobachten. Die Analphabetenquote ist niedrig, flächendeckende schulische Versorgung mit öffentlichen Einrichtungen an sich vorhanden, allerdings sind staatliche Schulen durch teure private Schulen einer erheblichen und wachsenden Konkurrenz ausgesetzt. Auf der anderen Seite sind es aber die staatlichen Universitäten und nicht die privaten, die bei den Studierenden erste Wahl sind und sich auch international durchaus konkurrenzfähig präsentieren.

Die aktuelle Verfassung, entstanden aus einem breiten politischen Konsens nach der Redemokratisierung und in Kraft seit Oktober 1988, ist modern und progressiv. Sie kombiniert wesentliche Elemente ihrer Vorbilder aus den USA und Europa, vor allem von Frankreich und Deutschland. Die staatlichen Institutionen arbeiten stabil und robust. Wegen der noch recht kurzen Zeit seit der Redemokratisierung scheinen diese jedoch noch Zeit zu benötigen, ihre Rolle zu finden und zu interpretieren. So hielt der Oberste Gerichtshof (STF) zwar während der Amtszeit von Präsident Jair Bolsonaro zahlreichen Angriffen stand.

Aber die oberste Institution der Judikative, die die Aufgabe hat, die Verfassung zu schützen, sah sich in doch zahlreichen Fällen dazu veranlasst, einzugreifen und eine aktive Rolle einzunehmen – ein riskantes Unterfangen, denn eine ganze Reihe der Entscheidungen hatten eine politische Dimension und gaben dem STF in einigen Fällen fast einen oppositionellen Charakter. Kritiker sehen in der grundsätzlich hochrespektierten Institution und deren Richtern, deren Sitzungen im TV live übertragen werden, mitunter mangelnde Zurückhaltung einzelner Personen und einen gewissen Hang zur Selbstinszenierung. Kritikwürdig wird vielfach auch gesehen, dass für neu zu besetzende Richterposten der amtierende Präsident ein Vorschlagsrecht hat, dem der Kongress in der Regel folgt.

Auch bei der Aufdeckung eines der weltweit größten Korruptionsnetzwerke im Zusammenspiel von Politik und öffentlichen Ausschreibungen, bekannt geworden unter dem Namen *Lava Jato*, wusste die brasilianische Justiz von 2014 bis etwa 2018 selbstbewusst, souverän und durchsetzungsstark aufzutreten und zeigte auch wenig Scheu vor großen Namen. Die teilweise atemberaubenden Ermittlungserfolge endeten jedoch in Selbstjustiz. Unzulässige Absprachen zwischen Staatsanwälten und Richtern führten zur gezielten Verurteilung von Luiz Inácio Lula da Silva vor den Präsidentschaftswahlen. Dadurch wurde die Operation *Lava Jato* nachhaltig infrage gestellt, sie wurde am 1. Februar 2021 sang- und klanglos als beendet erklärt und eingestellt. Diese beiden Beispiele von der Schnittstelle zwischen Justiz und Politik sollen illustrieren, dass bei reiner Lehre letzten Endes die handelnden Personen darüber entscheiden, ob sich das Geschehen innerhalb des vorhandenen Regelwerks abspielt oder Grenzen überschritten werden. Sehr anschaulich zeigt dies das Beispiel Sérgio Moro. Der Staatsanwalt, der Lula da Silva hinter Gitter brachte – und so dessen Präsidentschaftskandidatur verhinderte – wurde kurz darauf von Jair Bolsonaro zum Superminister für Innere Sicherheit und Justiz befördert, nur um kurze Zeit später das Handtuch zu werfen, als Bolsonaro die Spitze der Bundespolizei austauschen wollte, um seine Söhne vor Ermittlungen zu schützen.

Brasilien hat viel erreicht und doch immer wieder Rückschläge erleiden und Fehlentwicklungen wegstecken müssen, die nicht unbedingt systemimmanent sind, sondern eher individuellen Schwächen oder strukturellen Unzulänglichkeiten entspringen. Eine gewaltige Schere zwischen Arm und Reich, Korruption, Rassismus oder Gewalt sind keine originär brasilianischen Eigenarten. Sie finden sich in allen Ländern der Erde. Und doch prägen sie das Land und seine Gesellschaft seit der Kolonialzeit bis heute und tragen zu Entwicklungen bei und verschärfen Problemstellungen, die schnelle Entwicklungen in Brasilien ausbremsen, schwächen oder ganz verhindern und dabei mit den gewachsenen oder fehlenden Strukturen zusammenwirken. Diese Phänomene werden zwar immer wieder schlagwortartig in der Berichterstattung über Brasilien genannt, aber in der Regel nicht weiter erläutert.

Dieses soll nun in diesem Buch geschehen. Der Begriff Länderporträt mag Assoziationen in Richtung eines Reiseführers wecken. Doch der Ansatz ist kein

landeskundlicher, auch wenn die Zielstellung eine ähnliche sein dürfte: Brasilien, insbesondere seine Politik und Gesellschaft anhand ausgewählter Beispiele besser verstehen zu können. Um die Thematik etwas aufzulockern, habe ich bewusst auch leichtere gesellschaftliche Themen eingestreut, die mir sehr charakteristisch für die brasilianische Gesellschaft erscheinen.

1. Bolsonaro und der neue Konservatismus

Als Luiz Inácio Lula da Silva am 1. Januar 2023 als erster Präsident in der Geschichte Brasiliens für eine dritte Amtszeit vereidigt wurde, war das Kapitel des rechtsextremen Präsidenten Jair Bolsonaro geschlossen. Vorerst, muss man sagen. Denn die vier Jahre des Populisten haben gezeigt: Der Regierungschef Bolsonaro mag nicht mehr im Amt sein. Die politische Idee, für die er stand, der so genannte Bolsonarismus, dürfte Brasilien jedoch noch eine ganze Weile länger beschäftigen. Keine Woche später konnte die Weltöffentlichkeit sehen, wie das zu verstehen war: Tausende Demonstranten stürmten am 8. Januar 2023 in der Hauptstadt Brasília das Gebäude des Kongresses, den *Supremo Tribunal Federal*, Obersten Gerichtshof (STF) und den Präsidentenpalast *Palacio do Planalto*. In den Gebäuden wurde übelst randaliert: Scheiben eingeschlagen, Mobiliar zertrümmert, Türen eingetreten und Büros verwüstet, Kunstwerke zerschlagen oder gestohlen. Mehr als 1500 Personen nahm die Polizei anschließend vorläufig fest. Zwar misslang dieses offenbar konzertiert organisierte Putschversuch, aber der Schreck steckt den Brasilianern, die bereits eine Militärdiktatur überstehen mussten, noch immer in den Knochen.¹ Viele Monate dauerte die Aufarbeitung des Kongresssturms an. Schnell wurde deutlich, dass Busse organisiert worden waren, um die Randalierer aus dem ganzen Land in die Hauptstadt zu karren. Keine Staatsmacht stellte sich ihnen zunächst entgegen. Im Abschlussbericht der parlamentarischen Untersuchungskommission (CPMI) zu den antidemokratischen Handlungen vom 8. Januar, der im Oktober 2023 von Senatorin Eliziane Gama (PSD-MA) vorgelegt wurde, wurde Jair Bolsonaro (PL) wegen vier Straftaten angeklagt. Das Dokument weist darauf hin, dass der ehemalige Präsident eine kriminelle Vereinigung gegründet, politische Gewalt ausgeübt und die gewaltsame Abschaffung des demokratischen Rechtsstaates und einen Staatsstreich versucht hat, alles Straftaten, die im Strafgesetzbuch vorgesehen sind.² Zwar hatte sich Bolsonaro wenige Tage vor Ende seiner Amtszeit in die Vereinigten Staaten abgesetzt und damit auch die Übergabe der Präsidentenscharpe an seinen Nachfolger geschwänzt. Diese räumliche Distanzierung reichte den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses jedoch nicht als Beleg seiner Unschuld.

Der Wahlsieg Lulas hätte kaum knapper sein können: 50,83 Prozent der Stimmen zu 49,17 Prozent. Oder in absoluten Zahlen: Lula wählten 60,3 Millionen Brasilianer, für Bolsonaro stimmten 58,2 Millionen. Wäre Bolsonaro mit dieser Stimmenzahl zum Präsidenten gewählt worden, es wären die meisten Stimmen gewesen, die je ein Präsident bekommen hätte. Es waren mehr als 2018. Schon der erste Wahlgang hatte gezeigt, wie gespalten Brasilien zurzeit ist. Lula und Bolsonaro erhielten zusammen 92 Prozent der Stimmen. Für eine Mitte oder einen dritten Weg, wie ihn sich viele Brasilianer gewünscht hatten, blieb da kein Platz. Bolsonaro wurde knapp geschlagen, aber seine Politik wird nachwirken.

Doch für was genau steht dieser Bolsonarismus? Man könnte ihn als Spielart einer Neuen Rechten bezeichnen, die eine Kombination aus wirtschaftlichem Ultraliberalismus und moralischem Konservatismus darstellt.³ Die österreichische Politologin Natascha Strobl beschreibt diese Art der Politik als Zwischenspektrum einer Politikströmung, die sich vor allem im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts als Konservatismus nicht nur in Brasilien, sondern vor allem in Europa (Polen, Ungarn, Italien) einen Namen gemacht hat.⁴ Dabei fügt sich Bolsonaros Politikstil nahezu prototypisch in Strobls Systematik und das schon in der Entstehungsgeschichte. Denn alles, was es für dessen Entstehung braucht, ist eine Krise. Brasilien gönnte sich in jüngerer Vergangenheit gleich derer drei – eine Wirtschaftskrise, eine politische Krise und eine Krise der Glaubwürdigkeit des gesamten politischen Systems. Um dies zu illustrieren, gehen wir zunächst ein paar Schritte zurück.

Ein radikalisierte Konservatismus hat wenig Angriffsfläche, wenn die Situation in einem Land oder einem politischen System einigermaßen funktioniert, eine Regierung ruhig regieren kann. Wenn es einen solchen Zustand in Brasilien jemals gegeben hat, dann wohl am ehesten in den acht Jahren der Regierungszeit von Fernando Henrique Cardoso (2005–2002) und der ersten Amtszeit da Silvas (2003–2006). Cardoso war es gelungen, mit dem „*Plano Real*“ 1994 die hohe Inflation zu bändigen und die Wirtschaft nach vielen Jahren in ruhigeres Fahrwasser zu navigieren. Zudem war es ihm gelungen, eine ganze Reihe wichtiger Reformen durchzuführen bzw. anzuleiern. Auf diesem bereiteten Feld konnte Lula da Silva aufbauen. Und mehr noch: Hohe Rohstoffpreise, insbesondere für das vor der Küste des Bundesstaats Rio de Janeiro in großen Mengen gefundene Vorsalzöl, sorgten zunächst für reichlich Geld in der Staatskasse bzw. die Aussicht auf einen langanhaltenden Geldfluss. Brasilien witterte eine Chance, sich energiepolitisch unabhängig zu machen. Mit diesen Einnahmen konnte Lula seine großen sozialen Umverteilungsprogramme auflegen, allen voran die „*bolsa familia*“. Vielen Millionen Brasilianern gelang dadurch der Sprung aus der Armut und dem Hunger in sicherere, von bescheidenem Konsum gekennzeichnete Lebensbedingungen. Brasilien ging es gut. Die Wirtschaft brummete, der Wohlstand wuchs. Doch damit war recht bald Schluss, als sich die Lage eintrübte. Die Immobilienkrise 2008/09 konnte die Lula-Regierung noch durch Binnenkonjunkturprogramme abfedern, aber gegen sinkende Rohstoffpreise war man machtlos. Immerhin gelang es Lula noch, bei der Wahl 2010 mit seiner Nachfolgerin Dilma Rousseff die Arbeiterpartei PT in der Regierung zu halten. Lula selbst musste mit einer Zustimmungsquote von weit über 80 Prozent aus dem Amt scheiden, weil die brasilianische Verfassung nur zwei aufeinanderfolgende Amtszeiten bei Präsidenten vorsieht.⁵

Nährboden für den Rechtsruck: Die dreifache Krise

2013 begann sich die Lage zuzuspitzen. Die Großereignisse Fußball-Weltmeisterschaft und Olympische Spiele standen vor der Türe, es wurde groß investiert in Sportstätten und Prestige-Infrastrukturprojekte. Nur bei der Bevölkerung kam wenig an. Schulen und Krankenversorgung blieben schlecht. Als dann auch noch die Fahrpreise im öffentlichen Nahverkehr um wenige Centavos steigen sollten, entlud sich der lange aufgestaute Druck. Das Volk ging gegen die Regierung auf die Straße. Wie man inzwischen weiß, war ein nicht zu unterschätzender Teil der Akteure, die nun auf die Menschen auf die Straße trieben und später das Amtsenthebungsverfahren gegen Rousseff forderten, identisch mit denen, die später die Präsidentschaftskandidatur Jair Bolsonaro unterstützten.

Die einsetzende wirtschaftliche Krise war dabei, auf die Politik überzugreifen. Dilma Rousseff gelang zwar noch die Wiederwahl,⁶ ihre Tage sollten aber bald darauf gezählt sein. Als ihr 2015 Vize-Präsident Michel Temer und seine Partei PMDB die Koalition aufkündigten, war Rousseff praktisch handlungsunfähig. Um nicht fast drei Jahre blockiert vor sich hinzudümpeln, konstruierte die Opposition, allen voran Temer und der damalige Parlamentspräsident Eduardo Cunha, ein höchst umstrittenes Amtsenthebungsverfahren gegen die Präsidentin. Es war erfolgreich. Kongress und Senat wählten sie mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit ab, Temer übernahm als Vizepräsident die Interimsverwaltung. Angesichts der vergleichweisen Nichtigkeit der sehr konstruierten Vorwürfe gegen Rousseff sprechen nicht wenige noch heute von einem Staatsstreich. Zur Wirtschaftskrise gesellte sich eine politische Krise.

Das Vertrauen in die Politik hatte ohnehin bereits massiv gelitten. Denn 2014 hatte ein talentierter junger Richter aus dem südbrasilianischen Curitiba begonnen, die politische Klasse auseinanderzunehmen. Sérgio Moro hieß der ehrgeizige Ermittler. Er sollte in den kommenden Jahren hunderte Minister, Abgeordnete, Senatoren, Bauunternehmer und Parteifunktionäre aller politischer Couleur der Korruption überführen und zur Strecke bringen. Der Richter wurde gefeiert, die Bevölkerung verlor auch den letzten Funken Vertrauen in ein System, das sie zwar vorher durchaus als korrupt wahrgenommen hatten. Jedoch das Ausmaß war neu. Es schien praktisch keine Ausnahme mehr zu geben. Die Politik geriet unter Generalverdacht. Die dritte, diesmal eine moralische Krise, war perfekt.

Dies, grob zusammengefasst, war der Nährboden, auf dem der bis dato bedeutungslose Hinterbänkler Jair Bolsonaro zum Präsidentschaftskandidaten heranwachsen konnte. Schon in den 1990er-Jahren, als er bereits als Abgeordneter in Brasília war, hatte er im Wesentlichen durch das Relativieren und Rechtfertigen der Militärdiktatur auf sich aufmerksam gemacht, sowie Polizeigewalt verteidigt, flexiblere Waffengesetze und härtere Strafen als Mittel der Verbrechensbekämpfung gefordert. Themen, die er damals besetzte und die

während seiner Regierungszeit wieder auftauchten. Flávia Biroli fasst es passend zusammen: „Er vertrat die Aushöhlung des Prinzips der Rechtsstaatlichkeit gegen VerbrecherInnen – bis hin zu deren Tötung – als gerechtfertigt, um die ‚Guten‘ zu schützen.“⁷ Auch wenn er bis dahin nur durch Beleidigungen und Grenzüberschreitungen von sich reden gemacht hatte – unter anderem hatte er einmal gefordert, in Armenvierteln Sterilisationspillen zu verteilen – so war er bis dahin nicht in den Sog der Korruptionsermittler geraten.

Das allein reichte offenbar, um sich den Brasilianern im Wahlkampf 2018, der von Korruptionsthemen aber auch der ewigen Gewaltproblematik geprägt war, als sauberer Anti-Establishment-Kandidat zu etablieren. Das Image des Saubermanns ist aber inzwischen dahin, wie man gegen Ende der Amtszeit erkennen konnte. Dubiose Zahlungseingänge auf dem Konto von First Lady Michelle, Immobilienkäufe in bar und Ermittlungen gegen die Söhne Flavio und Eduardo zeichneten 2022 ein ganz anderes Bild.

Bolsonaros Widersprüche stören die Anhänger nicht

Dass er sich darüber hinaus widersprüchlich gibt, schien einen Teil der Brasilianer nicht weiter zu stören. Bolsonaro preist stets das Militär. Dabei hatte er dort eine durchaus zweifelhafte Karriere hingelegt und wurde, nachdem er als kleiner Offizier öffentlich in einem Zeitungsinterview mehr Geld für die Soldaten gefordert hatte und dieser Forderung kurz darauf offenbar mit einem geplanten Bombenanschlag Nachdruck verleihen wollte,⁸ aus dem Dienst entfernt. Während seiner Präsidentschaft spielte das Militär eine überragende Rolle. Mit neun Ministern, dazu Dutzenden Staatssekretären und mehr als 6000 Bediensteten, darunter vielen ehemaligen Militärangehörigen in zivilen Positionen⁹ in Behörden und staatlichen Organisationen betrieb Bolsonaro eine exzessive Militarisierung des Staatsapparates, den dieser in diesem Ausmaß nicht einmal zur Zeit der Militärdiktatur (1964–1985) erlebt hatte.

Bolsonaro wurde nicht müde, den Wert der Familie immer wieder öffentlich zu betonen – auch, um die konservative Wertvorstellung in Kontrast gegen progressivere Lebensentwürfe zu stellen. In der eigenen Familie sieht er das offenbar nicht so eng. Er selbst hat fünf Kinder aus drei Ehen, ist seit 2007 mit der deutlich jüngeren Michelle de Paula Firmo Reinaldo verheiratet, die bekennende Anhängerin der evangelikalen Pfingstkirche *Igreja Batista Atitude* ist. Diese Verbindung scheint für den katholisch Getauften keinen Widerspruch darzustellen. Auch er selbst zeigt immer wieder seine Nähe zu den mächtigen Pfingstkirchen. Während in Brasilia 2016 das Amtsenthebungsverfahren gegen Dilma Rousseff beschlossen wurde, ließ er sich im Jordan in Israel medienwirksam taufen. Die Ehe mit Michelle schloss Pastor Silas Malafaia, das mächtige Oberhaupt der zweitgrößten Kirche Brasiliens, der *Assembleia de Deus*. Für den rechten Präsidenten ist diese Wahl sicher kein Zufall. Brasilianer evangelikalen Glaubens stellen

in Brasilien eine immer wichtiger werdende Wählerschicht dar. Das Meinungsforschungsinstitut *Ibope* (heute *IPEC*) veröffentlichte 2018 eine Umfrage. Daraus geht hervor, dass acht von zehn Brasilianern bei der Entscheidung, wen sie zum Präsidenten wählen, dessen Haltung zu Glauben und Gott die größte Bedeutung beimessen.¹⁰ Nicht umsonst lautete Bolsonaros Wahlkampfmotto „Brasilien über alles, Gott über allen“ (*Brasil em cima de tudo deus acima de todos*).

Ein kurzer Gedanke zur Begriffsklärung. Gemein ist den fundamentalistisch-pfingstlerischen und neu-pfingstlerischen Freikirchen, die in Brasilien als „evangelikal“ bezeichnet werden, neben ihren großen Vermögen und einer fanatischen Masse an Anhängern eine wörtliche Auslegung der Bibel. Sie glauben an eine Wiederkehr Christi, der in Jerusalem den verwaisten Thron König Davids besteigen wird und nach der Konvertierung aller Völker zum Christentum tausend Jahre lang regieren soll. Doch damit dies geschehe, müsse zuvor unbedingt Israel und die Heilige Stadt unter Kontrolle der Juden sein, unterstützt von den Christen. Ein Ansatz, wie ihn auch konservative jüdische Strömungen haben. Um sich die bedingungslose Unterstützung der Evangelikalen in Nordamerika zu sichern, machte Donald Trump Mike Pence¹¹ zum Vize-Präsidenten und verlegte die US-Botschaft nach Jerusalem – aus demselben Grund verpflichtete sich dazu auch Bolsonaro gegenüber dem israelischen Premierminister Benjamin Netanyahu, der zu seiner Amtseinführung gekommen war – wie elf weitere Staatschefs.

Laut einer Untersuchung der staatlichen brasilianischen Filmagentur „Ancine“ stehen inzwischen 21 Prozent aller Sendungen im frei empfangbaren Fernsehen im Dienst der Verbreitung von religiösen Botschaften. In seiner Antrittsrede bekräftigte Bolsonaro seine ultrakonservative Agenda mit Themen wie Stärkung der traditionellen Familie, Bekämpfung der „Gender-Ideologie“, Erleichterung von Waffenbesitz und Einrichtung einer sogenannten parteilosen Schule (*escola sem partido*), die jedoch, wenig überraschend, alles andere als parteilos argumentiert.

Es mag für viele überraschend sein, aber Brasilien ist durchaus ein konservatives Land. Das ist nicht erst seit Bolsonaro so. Auf etwa 20 bis 30 Prozent wird der harte Kern der Anhänger Bolsonaros geschätzt, der die rechtskonservativen Werte, für die er angetreten ist, tatsächlich lebt. Sie erscheinen relativ immun gegen die Widersprüche in seinem Verhalten. Die Soziologin Angela Alonso sieht dies als Ergebnis einer progressiven Politik, die sich in Brasilien seit der Redemokratisierung 1985 und der 1988 eingeführten demokratischen Verfassung entwickelt hat.¹²

Bolsonaros Wähler: eine kleine Typologie

Dennoch war seine Wählerschaft inhomogen. Alonso unterscheidet drei große Trends. Die einen sind die Bolsonaristen im Herzen, die wirklich eine moralische Anhänglichkeit haben. Sie teilen eine Reihe von Werten, die Bolsonaro vertritt.

Für diese Menschen ist er der Mythos,¹³ eine Figur, die sie fast schon mit religiösem Eifer verehren, die alles verkörpert, was sie als positiv ansehen und was sie gerne korrigieren würden. Dazu gehört, Brasilien vom „Sozialismus“ befreien zu wollen, ein ausgeprägter Nationalismus und ein fast schon fundamentalistischer konservativer Wertekanon.

Für dieses Universum, das sich auf eine familiäre, religiöse, moralisierende, nationalistische, nationale Heilslehre und einen militaristischen Diskurs stützt, wird keine Nachricht, die gegen Bolsonaro gerichtet ist, Wirkung entfalten. Denn es ist eine emotionale Bindung an den Anführer. Alles, was gegen ihn vorgebracht wird, ist also so, als ob der Feind versuchen würde, ihn zu delegitimieren. Es wird daher nicht als Information gesehen, sondern als Propaganda oder Versuch der Delegitimation durch die Gegenseite. Ein Verhalten, das auch Strobl als Kennzeichen des radikalisierten Konservatismus beschreibt.¹⁴ Anstelle von Konsens oder Staatsräson wird die Polarisierung vorangetrieben, ein konstruktives Miteinander ist da kaum mehr möglich, der Pegel der Erregung wird hochgehalten, wie in einem permanenten Wahlkampf. Dabei verfolgt diese Art der Politik obendrein ein ganz zentrales Ziel: Die Akzeptanz in das etablierte politische System und die Institutionen, die zum demokratischen Diskurs dazuzählen, wie Medien und Justiz auszuhöhlen und zu schwächen. Aber diese Haltung wird nur durch einen relativ kleinen Teil der Menschen, die für ihn gestimmt haben, repräsentiert.

Es gibt eine andere Gruppe, die für ihn gestimmt hat und dabei die Linie des radikalen Anti-Petismus verfolgte, also vor allem aus der Motivation heraus agierte, die Arbeiterpartei PT, die mit Lula und Rouseff 14 Jahre die Regierung anführte, von der weiteren Machtausübung fernzuhalten. Für sie war es wichtig, einen Kandidaten zu wählen, der die maximale Antithese zur PT darstellte. In dieser Gruppe gibt es ein emotionales, fast schon resignativ anmutendes Element, aber auch eine sehr große Diskreditierung durch das Narrativ, das seit dem ersten großen Korruptionsskandal *Mensalão* entstanden ist.¹⁵ Nämlich, dass die bestehenden Parteien nicht in der Lage seien, die Art des politischen Spiels zu verändern.

Und es gibt eine dritte Gruppe, die entweder etwas naiv oder leichtsinnig war, weil sie dachte, dass Bolsonaro und sein innerer Kreis sich trotz der während der Kampagne gehaltenen Reden als weniger radikal erweisen würden, als sie sich letztendlich entpuppten. Sie dürften zu den Personen zählen, die sich bei der Wahl im Oktober 2022 von Bolsonaro wieder abwendeten. Denn ein Teil der Regierung wurde aus ideologischen Hardlinern zusammengestellt, wie Außenminister Ernesto Araújo, ein Vertreter des so genannten Anti-Globalismus. Umfragen, die ein halbes Jahr nach dem Amtsantritt Lulas von Datafolha durchgeführt wurden, scheinen das zu bestätigen. Unter den Wählern, die für Bolsonaro gestimmt hatten, waren nun acht Prozent der Auffassung, die Regierung Lulas habe in den ersten Monaten im Amt keine gar so schlechte Leistung gezeigt. Und wie so oft gibt es auch gleich einen Namen für diese Wählergruppe:

*Lunaristas*¹⁶ – eine Kontraktion aus *Lulistas* – den Unterstützern Lulas – und *Bolsonaristas* – den Unterstützern Bolsonaros.

Merkmale des Bolsonarismus

Der Anti-Globalismus ist ein rechter Verschwörungsglaube, der in seinem Kern die Annahme vertritt, dass die Welt von einer einzigen Regierung kontrolliert werde, deren Ziel es sei, die Verbindung von Gott zu den Menschen zu kappen. Einer der Entwickler dieser These war Olavo de Carvalho, ein esoterischer Pseudowissenschaftler, der seine abseitigen Theorien zuletzt aus dem Exil in den USA verbreitete und von dem Jair Bolsonaro ein großer Anhänger war – de Carvalho, ein ausgesprochener Coronaleugner, erlag im Januar 2022 dem Corona-Virus. Zum Repertoire de Carvalhos zählten Thesen wie die des Kulturmarxismus, den er als eine Waffe im Kampf gegen die Familie beschrieb.¹⁷ Denn, so die Logik, wenn die Bürger an nichts mehr glauben, auch nicht an den Kern des gesellschaftlichen Zusammenlebens, die Familie nämlich, falle es der globalisierten Elite leichter, sie zu kontrollieren. Auch um diesem vermeintlichen Einfluss zu entgehen, führten Bolsonaro und zunächst auch Araújo Brasilien politisch in die internationale Isolation – getreu dem Wahlkampfmotto: Brasilien über alles. Ähnliche, von ideologisch abstrusem Irrglauben durchtränkte Politikansätze fanden sich bei Bolsonaro auch in der Bildungs- und Familienpolitik, für die er mit Ricardo Velez, ein Vorschlag de Carvalhos, und der evangelikalen Pastorin Damares Alves willige Mitstreiter fand. Diese drei Ministerien – Familie, Bildung, Außen – waren auch diejenigen, die sich besonders intensiv der Bekämpfung der so genannten „Gender-Ideologie“ widmeten. Damares Alves gehört zu den schärfsten Gegnern des Feminismus. 2019 nahm die Regierung die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) der UN aus der weiteren politischen Planung für 2020–2023 heraus, mit der Begründung, man müsse die „schädliche Gender-Ideologie“ eliminieren.¹⁸

Bolsonaro hat im Laufe seiner vierjährigen Amtszeit sein wahres Gesicht gezeigt. Es gab kein Zeichen der Mäßigung, als er erst einmal an der Macht war, wie einige gehofft hatten. Stattdessen offenbarte sich ein Politikstil, der auf gemäßigte Wähler abstoßend wirkte. Da diese jedoch auch über eine Anti-Haltung gegen die PT verfügten, steckten sie bei dem Wahl-Duell 2022 in dem Dilemma, dass sie praktisch beiden Kandidaten nichts abgewinnen konnten.

Dennoch war seine Politik erfolgreich. Das zeigt sich besonders deutlich beim Thema Umwelt und Landwirtschaft. Denn Umweltschutz und Indigene sind Präsident Bolsonaro lästig, oder besser: eine Entwicklungsbremse. Tatsächlich ist das Agribusiness noch immer von überragender Bedeutung für die Wirtschaft Brasiliens. 22 Prozent des BIP kommen aus der Landwirtschaft, 48 Prozent der Exporte des Landes stammen von Äckern und Weiden.¹⁹ Seit der rechte Bolsonaro Präsident des größten Landes Südamerikas war, rückte die Amazonasre-

gion in den Fokus der Politik. „Amazonia é nossa!“ – „Amazonien gehört uns!“ war immer wieder von ihm zu hören – trotz aller internationaler Kritik an den Brandrodungen, die seit seiner Amtsübernahme wieder extrem zugenommen hatten. Am 22. August 2022 wurden 3358 Brandherde registriert – fast dreimal so viele wie an jenem 10. August 2019, der als „Tag des Feuers“ bekannt wurde und weltweit für Entsetzen gesorgt hatte.

Politikansatz wie zur Zeit der Militärdiktatur

Das alles ist kein Zufall, sondern Ergebnis einer Politik Bolsonaros, die die Amazonasregion als unerschöpfliche Rohstoffkammer sieht und durch deren Ausbeutung Hoffnungen auf Wohlstand und Wachstum macht – koste es, was es wolle. Indigene und ihre Rechte stören dabei nur. Bergbau-Lobbyisten gegenüber erscheint er dagegen aufgeschlossener. So berichteten Medien, dass der Unternehmer Luis Felipe Belmonte unter anderem Geld an Bolsonaros jüngsten Sohn Renan Jair gezahlt haben soll, um die Erlaubnis zu bekommen, in Indigenengebieten Mineralien abbauen zu dürfen.²⁰

Der Politikansatz ist nicht neu, er stammt aus den 1970er-Jahren, als in Brasilien das Militär regierte. Damals versuchte man, den gewaltigen Raum zu erschließen und strategisch zu sichern – auf Kosten der Natur. Wissenschaftler warnen, dass die Region auf einen Kippunkt zusteuert, an dem das ganze Ökosystem zusammenbrechen könnte, mit fatalen Folgen. Dieser „Point of no return“ soll dann erreicht sein, wenn 20 bis 25 Prozent der Fläche vernichtet wurden. Derzeit befinden wir uns bei rund 18 Prozent. Der bekannte Klimatologe Carlos Nobre, einer der beiden Wissenschaftler, die den Kippunkt als erstes beschrieben und der nun zum Beraterstab Lulas gehört, sieht diesen teilweise jetzt schon erreicht. Mehr als zwei Millionen Quadratkilometer Regenwald sind nach seiner Ansicht schwerst geschädigt.²¹

Doch nicht nur in den Ministerien hat Bolsonaro aufgerüstet. Auch in den Behörden, die die Umwelt und Indigene schützen, die Agrarreform voranbringen und einer ausgewogeneren Landwirtschaft den Weg ebnen sollten, installierte Bolsonaro militantes Personal, um seinem Politikansatz den Weg zu ebnen. Und oft ging diese Politik zulasten der indigenen Bevölkerung oder der Kleinbauern und zugunsten von illegalen Holzfällern, Goldsuchern und Großbauern.

Seit der Amtsübernahme hat die Gewalt von Milizen gegen Kleinbauern zugenommen. „Das System Bolsonaro setzte auf Gewalt. Sei es in Amazonien, wo illegale Eindringlinge ermutigt wurden, indigene Gebiete auszubeuten, oder in den Großstädten, wo Bolsonaro Polizisten de facto Straffreiheit in Aussicht stellte, sollten bei ihren Einsätzen Personen ums Leben kommen. Ein alarmierender Ausblick: in 2021 wurden über 6000 Menschen durch die Polizei umgebracht, im Jahre 2015 waren es 3330“, schreibt die Heinrich Böll Stiftung. Prominenteste Beispiele dieser Straflosigkeit sind die Tode des britischen Journalis-

ten Dom Phillips und des Indigenenexperten Bruno Pereira im Juni 2022 bei einer Recherchereise ins *Vale do Javari* im Nordwesten.

Die Regierung schaute nicht nur weg, sie ging sogar noch weiter und forcierte die illegale Landnahme in Schutzgebieten. Seit April 2020 gibt es eine Verordnung, die zulässt, besetztes Land als Privatbesitz registrieren zu lassen, wenn es in noch nicht exakt definierten und anerkannten Indigenengebieten liegt. Und das, obwohl die brasilianische Verfassung Indigenen explizit ein Recht auf ihre angestammten Gebiete einräumt. Doch die Sache hat einen Haken. Seit 2014 ist der Anerkennungsprozess der Indigenengebiete ins Stocken geraten. Grundlage hierfür ist der sogenannte *Marco temporal*. Dieser besagt, dass Indigene nur Land beanspruchen können, auf das die schon einen Anspruch hatten, als 1988 nach der Diktatur die demokratische Verfassung in Kraft trat. Seither hatte der Oberste Gerichtshof STF die weitere Ausweisung von Schutzgebieten für Indigene auf Eis gelegt.

Die Folge: Stämme klagen seither vor den Gerichten, während sich illegale Landbesetzer die Gebiete in aller Ruhe unter den Nagel reißen. So wurden seit 2020 allein im Bundesstaat Maranhão 250.000 Hektar illegal erworbenes Land in 49 Indigenengebieten legalisiert. Zuständig für die Legalisierung ist die Bundesagentur für Landreform INCRA. Als deren Chef setzte Bolsonaro Nabhan Garcia ein – und seither lief es so, wie der Präsident es wollte. Die INCRA erteilte Genehmigungen für Farmen in indigenen Gebieten, die seit mehr als 20 Jahren auf Anerkennung warten. Der Mann, der eigentlich als Mittler zwischen Groß- und Kleinbauern für eine Lösung sorgen sollte, war kein Unbekannter. Garcia war Präsident der UDR, einer Großgrundbesitzervereinigung, die auch vor Gewalt nicht zurückschreckt. Als 2003 der linke Luiz Inácio Lula da Silva Präsident wurde, organisierte er Privatmilizen, um die agroindustriellen Betriebe vor der Landlosenbewegung MST zu „schützen“. Die Bewegung selbst bezeichnete die Personalie als „Militarisierung der Landfrage“.

Eigentlich hatte Garcia nur den Rang eines Staatssekretärs, war offiziell dem Landwirtschaftsministerium unterstellt. Zurückgepiffen wurde er von Ministerin Tereza Cristina Corrêa da Costa Dias nicht. Denn ihre Politik unterstützte in erster Linie das große Agrobusiness. Die „Muse des Gifts“, wie Tereza Cristina von Kritikern genannt wurde, zeigte sich sehr großzügig bei der Zulassung von Pestiziden, um die Produktivität zu erhöhen. Mehr als 200 Substanzen, die in Deutschland und der EU teilweise seit Jahrzehnten verboten sind, wurden während ihrer Amtszeit zugelassen, zum Wohle des Agrobusiness. Das war kein Zufall. Bolsonaro übernahm Brasilien mitten in der Wirtschaftskrise. Der Agrarsektor, der immer stärker auf den Export ausgerichtet wurde, trug maßgeblich dazu bei, dass die Wirtschaftsbilanz Bolsonaros noch ein hauchdünnes Plus verzeichnet. Mit fast 25 Prozent Anteil beim BIP hat die Landwirtschaft in den letzten Jahren wieder stark an Bedeutung gewonnen.

Was hätten vier weitere Jahre Bolsonaro bewirkt?

Doch allein kann ein direkt vom Volk gewählter Präsident, wie im präsidentiellen Parlamentarismus üblich, politisch wenig bewirken. Es braucht auch einen starken Rückhalt innerhalb des Parlaments. 513 Abgeordnete im Repräsentantenhaus und 81 Senatoren gehören den beiden Kammern des Kongresses an. Bei knapp 30 Parteien, die sich wegen der Abwesenheit einer Sperrklausel wie der Fünf-Prozent-Hürde im Parlament tummeln, kein leichtes Unterfangen. Koalitionen umfassen deshalb oftmals sechs, sieben oder mehr Fraktionen, sind entsprechend labil und teuer durch Ämter und Posten erkaufte. Erst als Bolsonaro einen Pakt mit den Zentrumsparteien, dem *Centrão*, schloss, gelang es ihm, vom anfangs praktizierten, wenig erfolgreichen Stil des Regierens per Dekret abzurücken. Immer wieder hatte der Oberste Gerichtshof (*Supremo Tribunal Federal*, STF) die Dekrete Bolsonaros wieder einkassiert und so dessen Politik blockiert.

Dies war sicherlich neben dem generellen Misstrauen gegen die Justiz ein wesentlicher Grund dafür, dass sich Bolsonaro mehr und mehr auf den STF als Hauptgegner einschoss. Für den STF war die Abwahl Bolsonaros wahrscheinlich überlebenswichtig. Während der zweiten Amtszeit hätte er zwei der insgesamt elf Bundesrichter neu ernennen dürfen. Zudem hatte er kurz vor der Wahl Überlegungen geäußert, das Gremium auf 16 Richter aufstocken zu wollen im Falle eines Wahlsieges.²² Die Folge wäre offensichtlich gewesen: Ein aufgeblähtes, mit dann fast zur Hälfte mit Bolsonaro-nahen Richtern bestücktes Gremium hätte auf Dauer weniger Widerstand leisten können. Ähnliches ließ sich auch schon in Ungarn, der Türkei oder Polen beobachten. Damit hätte Bolsonaro einen großen Schritt in Richtung Schwächung und Aushöhlung der demokratischen Institutionen erreichen können. Der Versuch erreichte einen ersten Höhepunkt während der Feiern zum Nationalfeiertag am 7. September 2021. Diesen, da waren sich Beobachter einig, inszenierte er als einen Stimmungstest für die Bereitschaft bei Bevölkerung und Militär zum Sturm auf die Institutionen. Die Angriffe auf die Glaubwürdigkeit der Institutionen gipfelte dann im Wahlkampf 2022, als Bolsonaro wiederholt Zweifel an der Zuverlässigkeit der elektronischen Wahlurnen streute, ohne dafür je einen Beweis liefern zu können. Im Gegenteil: Nachdem das Militär stichprobenartig die Auswertung der Wahlurnen überprüft hatte, konnte es keine Hinweise auf Manipulationen finden.

Grundsätzlich war der Kongress auch schon in den Jahren zuvor weiter nach rechts gerückt. Bei der knappen Wiederwahl Dilma Rousseffs 2014 war diese hinterher gezwungen, die Zentrumspartei PMDB, die fast ebenso viele Stimmen erhalten hatte wie die PT, mit auf die Regierungsbank zu nehmen. Das Regieren wurde für Rousseff schwieriger und am Ende unmöglich. Denn ihr Vize Michel Temer von der PMDB war es am Ende, der der Koalition den Stecker zog und den Weg zum Abwahlverfahren ebnete. Als Temer als Interimspräsident nach dem Amtsenthebungsverfahren sein Kabinett präsentierte, war das Entsetzen groß.

Die 24-köpfige Mannschaft bestand ausschließlich aus weißen Männern – keine Frau, keine schwarze oder indigene Person, dafür mit Blairo Maggi der größte Sojabauer Brasiliens als Landwirtschaftsminister.

Auch ohne einen Präsidenten Jair Bolsonaro im Amt hat das 2022 gewählte Parlament einen deutlichen Rechtsdrall. So wurden mit Ex-Familienministerin Damares Alves in Brasília, Ex-Landwirtschaftsministerin Tereza Cristina (Mato Grosso do Sul), Ex-Justizminister Sergio Moro (Curitiba) und Ex-Vize-Präsident Hamilton Mourão (Rio Grande do Sul) gleich vier ehemalige Regierungsmitglieder als Senatoren gewählt. Die evangelikale Pastorin Alves sogar mit 600.000 Stimmen Vorsprung. In den Kongress wählten die Menschen im Bundesstaat São Paulo den früheren Umweltminister Ricardo Salles, der nicht nur die Coronapandemie nutzen wollte, um Umweltstandards zu lockern, wie in einem geleakten Video aus einer Kabinettsitzung bekannt wurde. Salles war selbst für Bolsonaro nicht mehr haltbar, als das Magazin *Istoé* dessen enge Kontakte zur Holzmafia enthüllte. Die Zwangspause währte nur kurz. Nun ist er zurück und erhielt doppelt so viele Stimmen wie die Umweltaktivistin und frühere Umweltministerin Marina Silva. Ein Umstand, der tief blicken lässt. Unter den vier Abgeordneten, die in São Paulo die meisten Stimmen erhielten, sind neben Salles auch die radikale Bolsonarista Carla Zambelli und der zweite Sohn des Präsidenten, Eduardo Bolsonaro. Zambelli war im Vorfeld der Wahl mehrfach auffällig geworden, weil sie über ihre Social-Media-Profile gezielt Fake News verbreitet hatte. Dafür erhielt sie nach der Wahl die Quittung. Instagram und andere sperrten ihre Profile. Aufsehen erregte sie außerdem, als am Tag der Stichwahl Videos kursierten, die zeigen, wie sie mit gezogener Waffe einen Mann durch die Straßen von São Paulo jagte. Offenbar soll es sich dabei um einen PT-Anhänger gehandelt haben, der sie beschimpft haben soll.²³ Allerdings ist das offene Tragen von Waffen am Wahlvortag verboten.

Die Partei Bolsonaros, die Partido Liberal (PL), wurde mit 99 Sitzen stärkste Fraktion in der 23 Parteien umfassenden Abgeordnetenversammlung, gewann mehr als 30 Sitze hinzu. Zusammen mit den Parteien PP und *Republicanos*, mit der sie zusammenarbeitet, stellt sie den stärksten Block. Hinzu kommen weitere Kleinparteien, die ebenfalls pro Bolsonaro ausgerichtet sind.

Auf der anderen Seite büßte die PT, die Partei Lulas, bzw. deren fraktionsübergreifendes Parteienbündnis Stimmen ein. Zwar scheint es einen relativ großen Block aus PSDB, PMDB und PDT zu geben, jedoch zählen diese traditionell eher zum Zentrumsblock, weisen inhaltlich und ideologisch wenige Gemeinsamkeiten mit der Arbeiterpartei auf. Lula musste sich, um die Wahl überhaupt gewinnen zu können, weit aus dem linken Spektrum in die Mitte hinein bewegen.

Das stellt durchaus ein Wagnis dar. Denn auf der einen Seite ist die Bindung der angesprochenen Parteien zur PT traditionell gering – die PSDB war sogar lange Zeit der Haupttrivale der PT – zum anderen droht Lula Ungemach von der eigenen Parteibasis. Nämlich dann, wenn diese sich im Regierungsprogramm zu wenig wiederfindet. Es wird eine Menge Verhandlungsgeschick und Kompro-